Pressemitteilung

Steigende Schulkosten: Kinderschutzbund, GEW, Eltern und Schüler*innen reden Klartext!

KIEL 20.03.2023. Seit zehn Jahren kritisieren Kinderschutzbund und GEW die belastende Kostensituation von Eltern schulpflichtiger Kinder in Schleswig-Holstein. Bereits 2016 bestätigte eine vom Landtag in Auftrag gegebene Studie, dass die durchschnittlichen Kosten von 1000 Euro pro Schuljahr insbesondere für Eltern mit keinem oder geringem Einkommen zu hoch seien.[1] Inzwischen sind noch die Ausgaben für digitale Endgeräte sowie die inflationsbedingten generellen Kostensteigerungen erschwerend hinzugekommen.
Da aber die Politik trotz alledem weitgehend untätig in Sachen Schulkosten-Senkung und der damit verbundenen Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit bleibt, melden sich jetzt erneut Der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie Vertreter*innen der Landeselternbeiräte und Landesschüler*innenvertretungen gemeinsam zu Wort. Im Rahmen eines Pressegespräches in den Räumen des Kinderschutzbundes LV SH fordern sie nachhaltige Maßnahmen, damit schulische Bildung nicht weiterhin zunehmend zu einer Frage des Geldes wird.

Die beteiligten Institutionen fordern die Landesregierung auf:

1. einen umfassenden Maßnahmenplan zur Senkung der Schulkosten für Eltern vorzulegen und so zu verabschieden, dass die darin beschlossenen Maßnahmen ab Unterrichtsbeginn des Schuljahres 2023/2024 umgesetzt werden können.
2. tatsächliche Lernmittelfreiheit zu schaffen. Es müssen ALLE Materialien, die für den Schulalltag notwendig sind, kostenfrei zur Verfügung stehen. Dazu gehören auch digitale Endgeräte. Lernmittelfreiheit darf keine Mogelpackung bleiben. Es muss eine Anpassung des Schulgesetzes erfolgen.
3. eine Selbstverpflichtung der Schulen zu erwirken, weitere Bildungskosten (z.B. für Ausflüge und Klassenfahrten) für Eltern deutlich zu begrenzen.

Irene Johns (Vorsitzende DKSB LV SH):
„Seit zehn Jahren fordern wir, die Schulkosten zu senken. Seit zehn Jahren fordern wir eine echte Lernmittelfreiheit. Es muss in Schleswig-Holstein endlich eine klare politische Antwort auf die steigenden Schulkosten geben. Das individuelle Familieneinkommen darf doch nicht ausschlaggebend für die Bildungschancen der Kinder sein! Das ist eine Chancenungleichheit, der die Politik endlich entschlossen entgegenwirken muss – Schritt für Schritt bis hin zu einer tatsächlichen Lernmittelfreiheit, in der alle für den Schulalltag notwendigen Materialien vom Schulheft bis zum digitalen Endgerät kostenfrei zur Verfügung gestellt werden! Lernmittelfreiheit darf keine Mogelpackung bleiben!“

[1] vgl. Schleswig-Holsteinischer Landtag – Drucksache 18/4685 vom 27.09.2016

Ansprechpartner für Pressearbeit des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein:
Anouschka Breuer
Tel. 0179-5975062
breuer@jokerpictures.de

Astrid Henke (Vorsitzende GEW SH):
„Nichts charakterisiert das deutsche Bildungssystem so treffend wie die herrschende soziale Ungleichheit bei den Bildungschancen. Das lässt sich leider auch sehr gut bei den Schulkosten beobachten. Unsere Kolleginnen und Kollegen beobachten tagtäglich, wie schwer es vielen Eltern fällt, ihre Kinder mit den notwendigen Materialien für den Unterricht auszustatten. Wenn es zum Beispiel ums Geld einsammeln für Ausflüge geht, wird das für Kinder und Jugendliche oft zu einer hochnotpeinlichen Angelegenheit, weil ihre Eltern das Geld schlichtweg nicht aufbringen können. Doch die Landesregierung tut nichts. Es geht nicht nur um Arbeitshefte und Reclamhefte. Wir fordern, Schulausflüge, Museums- und Theaterbesuche für Schülerinnen und Schüler kostenfrei zu machen. Gerade außerschulische Lernorte müssen allen offenstehen."

Claudia Pick (Vorsitzende LEB Gym SH):
Alle Schüler*innen des Landes müssen die gleichen Chancen haben. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Ein Schulkind kostet Eltern pro Schuljahr durchschnittlich 1300€. Dies ergab die landesweite Schulartübergreifende Eltern-Umfrage der Arbeitsgemeinschaft der Kieler Kreiselternbeiräte. Gerade für Familien, mit mehreren Kindern oder geringerem Einkommen, stellen diese Kosten große Herausforderungen dar. Es sollen nur solche Lernmittel im Unterricht eingesetzt werden dürfen, die unter die Lernmittelfreiheit fallen. Digitale Lernmittel wie Endgeräte, digitale Hilfsmittel und Lizenzen müssen in die Lernmittelfreiheit aufgenommen werden. Wir fordern die Umsetzung einer echten Lernmittelfreiheit, um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Schüler*innen Schleswig-Holsteins nachhaltig zu gewährleisten.

Felix Höneise (Landesschüler*innensprecher LSV GemS SH):
„Die derzeitige Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein ist ein leeres Versprechen der Bildungspolitik an alle Schüler*innen. In einem Land, das sich der Chancengleichheit verschrieben hat, darf der Lernerfolg und die Teilhabe der Schüler*innen nicht vom finanziellen Wohlstand ihrer Familien abhängen. Die Bildung ist der Grundstein für ein erfolgreiches und uneingeschränktes Leben. Insbesondere an Gemeinschaftsschulen treffen Schüler*innen aus unterschiedlichen Verhältnissen aufeinander, was ein wertvolles Lernumfeld schafft. Eine inklusive und chancengerechte Bildung ist ein zentrales Element einer demokratischen Gesellschaft. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein muss ihre Verantwortung wahrnehmen und sicherstellen, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund die notwendigen Lernmittel erhalten."

Ansprechpartner für Pressearbeit des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein:
Anouschka Breuer
Tel. 0179-5975062
breuer@jokerpictures.de